



EUROPA IM WANDEL – ZEIT ZU HANDELN!

Kurz und knapp: Europapolitische Positionen
der NRWSPD zur Europawahl 2019

INHALTSVERZEICHNIS

Die europapolitischen Positionen der NRWSPD

FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA, das sozialen Zusammenhalt schafft und die Arbeits- und Lebenswelt gestaltet!	4 – 7
FÜR EIN DEMOKRATISCHES EUROPA, das Frieden schafft, unseren Rechtsstaat sichert und bürgernah gestaltet!	8 – 11
FÜR EIN STARKES EUROPA, das Zukunft und Globalisierung fair, menschlich und nachhaltig gestaltet!	12 – 15

Die wichtigsten Fragen zur Europawahl 2019

Wann wird gewählt?	16
Wie funktioniert die Europawahl?	17 – 18
Wer wird gewählt?	18
Wer kann kandidieren?	19
Wer darf wählen?	20
Was, wenn ich im Ausland lebe?	21
Was kann ich durch meine Stimme bewirken?	22 – 23



FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA, das sozialen Zusammenhalt schafft und die Arbeits- und Lebenswelt gestaltet

Es sind stürmische Zeiten für Europa. Nationalisten und Populisten kämpfen darum, die europäische Einigung weichzuspülen oder abzuwickeln. Dem stellen wir uns mit aller Kraft entgegen. Wir sind überzeugt: Die Europäische Union wird aus dem aktuellen Sturm stärker hervorgehen als je zuvor.

Der sozialen Spaltung und den rechten Scheinlösungen setzen wir unseren Kampf für ein solidarisches Europa entgegen. Hierbei geht es sowohl um Solidarität der Menschen untereinander

als auch um Solidarität mit anderen Staaten. Solidarität ist jedoch keine Einbahnstraße. Wer wie Deutschland Zusammenarbeit bei Migration und Integration will, kann wirtschaftliche Solidarität nicht verweigern. Langfristig nutzt sie uns (ca. 60% unserer Exporte gehen nach Europa). Die Schere zwischen arm und reich wird immer stärker. Diese Schere muss Europa dringend schließen! Wir dürfen nicht hinnehmen, dass die Jugendarbeitslosigkeit zum Beispiel in Spanien und Griechenland zwischen 30% und 40% beträgt.

Es war ein Fehler, Griechenland kaputtzusparen. Das hat dazu geführt, dass viele Menschen in Griechenland in Rente oder während ihrer Arbeitslosigkeit ihren Lebensunterhalt nicht eigenständig decken konnten. Die Kaufkraft sinkt. Kaputtsparen durch „Austeritätspolitik“ ist der falsche Ansatz.

- Wir fordern einen Kurswechsel hin zu aktiv eingreifender Wirtschaftspolitik.
- Die „Sozialunion“ gilt es auszubauen, die soziale Säule ist verbindlich zu stärken und Sozialstandards müssen nach oben angeglichen werden.
- Jugendarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung sind zu bekämpfen.
- Wir fordern die Einführung europäischer Arbeitslosenrückversicherung und Arbeitsversicherung, um berufliche Veränderung ohne soziale Verluste zu organisieren.

- Wir wollen Sozialversicherungen krisenfest machen.
- Soziale Grundrechte müssen Vorrang gegenüber Binnenmarktfreiheiten haben.
- Wir wollen die Mitbestimmung von Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen stärken, die Rechte europäischer Betriebsräte ausbauen und die Verhinderung von Mitbestimmung unter Strafe stellen.
- Unternehmen müssen endlich dort besteuert werden, wo die Wertschöpfung stattfindet.
- Wir treten für die Einführung einer Digitalsteuer ein.
- Wir fordern die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer. Das schafft finanziellen Freiraum, um Investitionen in soziale Infrastruktur, Bildung und neue Arbeitsplätze zu unterstützen.
- Zur Solidarität zählt auch die Solidarität mit Geflüchteten. Für uns zählen Menschlichkeit und Menschenwürde.
- Um den Fluchtkanal zu entlasten, brauchen wir mehr legale Zuwanderungskanäle. Daher finden wir ein Einwanderungsrecht für Arbeitsmigration wichtig, das u.a. den Herkunftsländern Zugang zu Informationen über aktuelle Bedarfe auf dem Arbeitsmarkt verschafft.
- Wir fordern die Bekämpfung von Schwarzarbeit mit empfindlichen Strafen für Arbeitgeber.

- Wir fordern präventive Maßnahmen gegen Lohnungleichheit. Rollenbilder müssen aufgebrochen werden und Frauen müssen die Chance erhalten, die Forderung nach Lohngleichheit vor dem Arbeitgeber wirksam durchsetzen zu können.
- Öffentliche Daseinsvorsorge ist zu sichern und auszubauen. Wasser ist ein öffentliches Gut, das nicht privatisiert werden darf! Auch öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Wohnungen und Unterbringung, Pflege und Internet gehören zum öffentlichen Angebot, das für die Bürgerinnen und Bürger zu angemessenen und bezahlbaren Preisen gewährleistet werden muss.

Unsere Prinzipien sind: **Solidarität statt Spaltung! Vielfalt statt Einfalt!**

Zur Vielfalt der Gesellschaft zählen Alt und Jung, Einwohner und Einwohnerinnen sowie neu Zugewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen, mit verschiedenen Religionen, mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Wir treten entschieden ein gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus.

**Die Nationalisten wollen Ängste schüren und
die Spaltung der Gesellschaft vertiefen.**

Dagegen sagen wir laut: Nein!



FÜR EIN DEMOKRATISCHES EUROPA, das Frieden schafft, unseren Rechtsstaat sichert und bürgernah gestaltet!

Europa ist das Friedensprojekt nach zwei verheerenden Weltkriegen mit Millionen von Toten und der Zerstörung vieler Städte. Durch die europäische Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nach dem zweiten Weltkrieg und anderer friedenserhaltender Maßnahmen wurde erreicht, dass wir bereits über 83 Jahre lang in Frieden leben. Dieses Friedensprojekt gilt es zu erhalten. Wir treten ein für eine Europäische Union, die Friedensmacht nach innen und nach außen ist. Rechtsextremisten wollen Europa und die

Demokratie bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt zerstören. Dem werden wir uns entschlossen entgegenstellen. Doch die heutige EU ist längst noch nicht demokratisch genug.

- Die weitere Demokratisierung der EU ist eine zentrale Forderung!
- Wir fordern die Stärkung des Europäischen Parlaments als die zentrale Entscheidungsinstanz in Europa. Dazu gehören ein Initiativrecht für Gesetze ebenso wie ein weiterer Ausbau der Haushaltsbefugnisse. Wir sind für Spitzenkandidaturen auf EU-Ebene, um den politischen Richtungsstreit auch zwischen Etablierten sichtbar zu machen.
- Das Europäische Parlament muss stärkere Mitspracherechte in der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Entscheidung über militärische Maßnahmen („europäische Parlamentsarmee“) erhalten.
- Wenn es nicht mehr Demokratisierung gibt, werden wir die weitere Erweiterung der EU ablehnen.
- Die Kriterien für die Aufnahme neuer Länder müssen selbstverständlich auch für die aktuellen Mitglieder der EU gelten. Wir fordern einen permanenten Mechanismus zur Sicherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit für alle Mitgliedstaaten.
- Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir treten daher ein für ein Europäisches Asylrecht, das die Zuständigkeit und Auf-

nahme schutzbedürftiger Menschen gemeinsam und solidarisch organisiert. Flüchtlingsunterkünfte müssen menschenwürdig organisiert und entsprechend ausgestattet sein.

- Wir treten der Kriminalisierung der Seenotrettung entschieden entgegen.
- Wir treten ein für eine direkte Unterstützung der Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen.
- Es gilt, Fluchtursachen zu bekämpfen durch eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit und durch die Stärkung demokratischer Strukturen. Es gilt, die Nutzung natürlicher Ressourcen und Rohstoffe fair zu gestalten und in die Entwicklung Afrikas zu investieren.
- Wir treten ein für den Ausbau demokratischer Mitwirkungsrechte für langfristig hier lebende Menschen aus anderen Staaten.
- Wir fordern, europäische Begegnungen auszubauen. Konkrete Programme wie „Erasmus plus“ für Studierende und Auszubildende, das Europäische Freiwilligenjahr und aktive Städtepartnerschaften fördern den direkten Austausch der Bürgerinnen und Bürger in Europa untereinander und machen den europäischen Alltag erlebbar.
- Wir wollen Europäische Debatten durch die Stärkung der „Europe direct“-Büros sowie den Ausbau europäischer Berichterstattung stärken.

- Wir treten ein für Sicherheit als hoheitliche Aufgabe. Die Bekämpfung von Kriminalität, Extremismus und Terrorismus gehören ebenso dazu wie Gewährleistung von Sicherheit im öffentlichen Raum einschließlich präventiver Maßnahmen im Zusammenspiel mit kommunalen Akteuren.
- Wichtig ist, den Austausch von Informationen und Erkenntnissen zu verbessern und Menschenhandel, Zwangsprostitution und Drogenkriminalität zu stoppen.

**Ein friedliches Europa bedeutet für uns auch
Sicherheit in Europa.**



FÜR EIN STARKES EUROPA, das Zukunft und Globalisierung fair, menschlich und nachhaltig gestaltet!

Europa lebt nicht nur von den Erfolgen der Vergangenheit, unser Europa gestaltet auch den Weg in die Zukunft. Unser Europa schafft heute die Grundlagen für das Leben in 30 Jahren. Um die notwendigen Perspektiven für das Europa 2050 zu schaffen, muss das Wirtschaftssystem genauso auf Zukunft und Investitionen getrimmt werden wie die Strukturpolitik. Statt zu reagieren, muss in die Zukunft, das heißt in Bildung, Forschung und Jugend, investiert werden, um die Stärken unserer Gemeinschaft aus-

zuspielen. Gleichzeitig müssen die Gefahren, Strukturbrüche, Klimawandel, zügellose Globalisierung, auch konsequent beantwortet werden – aber nicht auf dem Rücken der anderen. Es gilt Lebensgrundlagen zu schützen und neue Perspektiven für die Zukunft zu schaffen. Dazu braucht es folgende Schritte:

- Wir brauchen endlich einen Wechsel in der Wirtschaftspolitik in der EU. Statt bedingungslos zu sparen, muss eine kluge, zukunftsgerichtete Investitionspolitik Priorität haben.
- Um den gesamten Wirtschaftsraum zukunftsfähig zu machen, brauchen wir eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dazu gehört auch der Abbau unfairer Ungleichgewichte im Binnenmarkt durch höhere Investitionen insbesondere der exportorientierten Mitglieder.
- Um zukünftige Krisen abzumildern und die Fehler Einzelner nicht zur Gefahr für die Zukunft der Mehrheit zu machen, muss die Bankenunion vollendet werden. Unter anderem müssen höhere Eigenkapitalforderungen gelten, damit sich „Too Big To Fail“ nicht wiederholt.
- Unser Europa steht für eine zukunftsgerichtete Struktur- und Industriepolitik. Wir schaffen jetzt mit Investitionen in Infrastruktur, Forschung, Bildung und Jugend die Grundlagen für die Zukunft. Dabei sind Strukturpolitik und der Kampf gegen den Klimawandel keine Gegenpole. Sie müssen Hand in Hand zum Wohle aller gehen.

- Zukunft für alle geht nur, wenn Europa Klimaschutz und Umweltschutz in allen Bereichen fördert. Dazu gehört der Ausbau erneuerbarer Energien samt Speichertechnologien genau wie die schonendere Nutzung unserer Ressourcen. Neben einer Neugestaltung des Verkehrssektors muss dabei auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten.
- Wege zur CO₂-Reduzierung sind - nicht zuletzt als Maßnahme der Innovationsförderung - voranzutreiben. Eine CO₂-Grenzsteuer sorgt dabei als effektives Mittel für den Schutz vor „carbon leakage“ und unfairen Wettbewerbsvorteilen beim Import klimaschädigender Produkte. Damit der Kampf gegen den Klimawandel erfolgreich ist und niemanden benachteiligt, muss jeglicher Betrug beim Umgang mit Klimavorgaben ebenso wie alle Formen der Umweltkriminalität gemeinsam und wirksam bekämpft werden.
- Fairness gilt aber nicht nur nach innen. Globalisierung und Handel dürfen nicht auf dem Rücken der Menschen in Europa, europäische Zukunftsgestaltung nicht auf dem Rücken anderer geschehen. Deswegen müssen wir die Globalsierung fair gestalten und Handelspolitik an sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen gleichermaßen orientieren.
- Wenn andere „America First“ rufen, muss Europa umso mehr für ein solidarisches Miteinander nach innen und außen stehen. Gegen „America First“ hilft nur „Europe United“.

Wir können in Europa nur gemeinsam in die Zukunft gehen. Dafür brauchen wir die Vereinigten Staaten von Europa, gebaut auf einem soliden Fundament starker und solidarischer Gemeinschaften vor Ort.

Nur gemeinsam sind wir stark.

Willst Du mehr Details über die europapolitischen Positionen der NRWSPD erfahren, gelangst Du über folgenden Link auf eine ausführliche Version:

www.nrwspd.de





DIE WICHTIGSTEN FRAGEN ZUR EUROPAWAHL 2019

Wann wird gewählt?

Alle fünf Jahre wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union das Europäische Parlament. Um zu gewährleisten, dass die unterschiedlichen Wahltraditionen in den Mitgliedstaaten beibehalten werden können, werden die Wahlen in einem für alle Mitgliedstaaten gleichen Zeitraum durchgeführt. Dieser Zeitraum wird vom Rat der Europäischen Union bestimmt. 2019 wird das Europäische Parlament zwischen dem 23. und 26. Mai 2019 zum neunten Mal gewählt. Gemäß § 7 Europawahlgesetz bestimmt die Bundesregierung den konkreten Wahltermin für Deutschland.

**In diesem Jahr hat die Bundesregierung
Sonntag, den 26. Mai 2019,
als Wahltermin festgelegt.**

Wie funktioniert die Europawahl?

Das Europäische Parlament ist das einzige EU-Organ, das direkt vom Volk gewählt wird. Es wird in allgemeiner, freier, direkter und geheimer Wahl gewählt. Die Wahl zum Europäischen Parlament erfolgt nicht nach einem einheitlichen europäischen Wahlrecht, sondern gemäß den jeweiligen nationalen Wahlgesetzen. In Deutschland beispielsweise schreiben das Europawahlgesetz und die Europawahlordnung die Wahlmodalitäten vor.

Jeder EU-Mitgliedstaat verfügt über ein gewisses Kontingent an Parlamentssitzen. Derzeit verfügt das Europäische Parlament über 751 Sitze. Nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union soll die Anzahl der Sitze im Europäischen Parlament auf 705 reduziert werden. Von den insgesamt 73 Sitzen Großbritanniens sollen 27 auf andere Mitgliedstaaten umverteilt und die restlichen 46 Sitze für künftige EU-Erweiterungen in Reserve gehalten werden.

Die für die übrigen Mitgliedstaaten zu vergebenden Sitze werden nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts ermittelt. Danach verfügt jede Wählerin und jeder Wähler über eine Stimme, mit der über den Listenvorschlag einer Partei gewählt wird. Die Parlamentssitze werden sodann proportional zum Stimmenanteil vergeben. Das heißt, die einem Mitgliedstaat im Rahmen seines Kontingentes zur Verfügung stehenden Sitze werden entsprechend dem Verhältnis der insgesamt erreichten Stimmenanzahlen auf die Parteien verteilt - eine Sperrklausel gibt es seit 2014 nicht mehr.

Die nach dem Verhältniswahlrecht ermittelten Sitze werden dann wiederum entsprechend der Reihenfolge auf der von den jeweiligen Parteien beschlossenen Bundes- bzw. Landesliste an die Bewerberinnen und Bewerber vergeben.

Wer wird gewählt?

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament werden im Mai 2019 insgesamt 705 Europaabgeordnete gewählt, die die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus den dann 27 Mitgliedstaaten vertreten. Wie viele Abgeordnete eines jeden Mitgliedstaates ins Europäische Parlament einziehen, hängt von der jeweiligen Bevölkerungszahl ab. Die Anzahl der Abgeordneten aus Deutschland als bevölkerungsreichster Mitgliedstaat beläuft sich auf insgesamt 96.

Seit 2014 ist das Europäische Parlament dafür verantwortlich, den Präsidenten der Europäischen Kommission zu wählen. Der Kandidat oder die Kandidatin für das Amt des Präsidenten wird vom Europäischen Rat unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Europawahl vorgeschlagen. Somit bestimmen die Wählerinnen und Wähler über ihre Stimmabgabe auch über die aktuelle Kommissionspräsidentschaft.

Wer kann kandidieren?

Wer in Deutschland über das aktive Wahlrecht zur Europawahl verfügt, verfügt gleichzeitig auch über das passive Wahlrecht und kann sich somit um einen Abgeordnetensitz im Europäischen Parlament bewerben. In Deutschland sind alle, die mindestens 18 Jahre alt sind, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder als EU-Bürgerin bzw. EU-Bürger einen Wohnsitz in Deutschland haben und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, wahlberechtigt. Erfüllen sie diese Bedingungen, können sie auf einer Bundes- oder Landesliste von Parteien oder politischen Vereinigungen für einen Sitz im Europäischen Parlament kandidieren. Laut deutschen und europäischen Gesetzen müssen die Kandidatinnen und Kandidaten auf Parteitag oder Mitgliederversammlungen in einem demokratischen Auswahlverfahren ernannt werden. In geheimer Wahl müssen die Parteien die verschiedenen Kandidatinnen und Kandidaten sowie den entsprechenden Listenplatz ermitteln.

Seit 2004 sind Doppelmandate nicht mehr erlaubt. Wer also Mitglied des deutschen Bundestages ist, kann nicht gleichzeitig Mitglied im Europäischen Parlament sein. Auf kommunaler Ebene können Europaabgeordnete jedoch Mandate ausüben, beispielsweise als Stadt-, Gemeinde- oder Kreisrat. In Nordrhein-Westfalen ist auch die Ausübung eines Mandates auf Landesebene zulässig. So kann derzeit gleichzeitig ein Mandat im Europäischen Parlament und im Landtag ausgeübt werden.

Wer darf wählen?

In Deutschland sind alle Deutschen sowie EU-Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in Deutschland zur Wahl des Europäischen Parlamentes wahlberechtigt, wenn sie

- mindestens 18 Jahre alt,
- nicht von der Wahl ausgeschlossen und
- länger als 3 Monate in Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat im Wählerverzeichnis der Heimatgemeinde gemeldet sind.

In der Regel sind Deutsche, die ihren Hauptwohnsitz in Deutschland haben, bereits im Wählerverzeichnis gemeldet. Unionsbürgerinnen und -bürger aus einem anderen Mitgliedstaat werden jedoch nur ins Wählerverzeichnis der Gemeinde eingetragen, wenn sie dies beantragt haben. Jede Wählerin und jeder Wähler kann nur einmal ihre/seine Stimme abgeben – entweder in dem EU-Mitgliedstaat, aus dem sie stammen, oder dort, wo sie derzeit wohnen.

Etwa 4 bis 6 Wochen vor der Wahl erhalten alle Wahlberechtigten zur Europawahl die Wahlbenachrichtigungen mit allen wichtigen Informationen von den Gemeindebehörden per Post.

Was, wenn ich im Ausland lebe?

Deutsche, die ihren Hauptwohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union gemeldet haben, können auf zwei verschiedene Weisen an der Europawahl teilnehmen:

Entweder beteiligen sie sich an der Europawahl per Briefwahl an ihrem letzten deutschen Hauptwohnsitz. Die Briefwahl ist auch für Deutsche, die außerhalb der EU leben, möglich.

Oder sie nehmen an ihrem derzeitigen Wohnort in einem anderen Mitgliedstaat teil, indem sie rechtzeitig bei der zuständigen Gemeindebehörde am derzeitigen Wohnort einen Antrag stellen. Wählt man als Deutsche oder Deutscher in einem anderen Mitgliedstaat der EU, kann man allerdings nicht über die in Deutschland zu vergebenden Mandate für das Europäische Parlament bestimmen, sondern lediglich über die Mandate des jeweiligen Mitgliedstaates.

Was kann ich durch meine Stimme bewirken?

Dadurch, dass es seit 2014 keine Sperrklausel und somit auch keine Hürden mehr für kleinere Parteien gibt, zählt jede Stimme. Nur durch Abgabe seiner Stimme, kann man darüber mitentscheiden, welche Interessen auf europäischer Ebene vertreten werden und welche Richtung die Politik auf europäischer Ebene einschlagen wird. Denn die Wahl zum Europäischen Parlament ist auch ausschlaggebend für die Ernennung der Präsidentin oder des Präsidenten der Europäischen Kommission, also des „Regierungschefs“ der EU.

Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament beeinflussen sowohl die Entwicklung auf europäischer als auch nationaler Ebene. So kann die Europäische Kommission Gesetzesinitiativen für Politikfelder ergreifen, in denen nur gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten ein Richtungswechsel zu erzielen ist, beispielsweise in Hinblick auf Bankenregelungen, Einwanderungs-, Umwelt und Energiefragen.

Darüber hinaus gibt es heutzutage kaum eine Rechtsvorschrift, die ohne Zustimmung des Europäischen Parlaments erlassen werden kann. So wird über immer mehr Aspekte unseres Alltags in Brüssel entschieden, wie über die Abschaffung der Roaming-Gebühren oder auch die Stärkung der Fahrgastrechte. Zusätzlich ist das Europäische Parlament an der Gesetzgebung in Bereichen der

Landwirtschafts- und Energiepolitik, bei Fragen zur Zuwanderung oder der europäischen Regionalförderung sowie bei der Festlegung des EU-Haushalts beteiligt.

Somit können wir mit unserer Stimme darüber entscheiden, wie die Zukunft Europas gestaltet werden soll. Wir haben es selbst in der Hand, ob wir das Schicksal Europas den Europafeinden und Rechtspopulisten überlassen wollen, die der EU schaden und sie auflösen möchten. Wir entscheiden: Wollen wir ein Europa konservativer Eliten oder wollen wir ein Europa der Solidarität und Vielfalt?



EUROPAWAHL
26. Mai 2019

V.I.S.D.P. UND KONTAKT:

SPD-Landesverband NRW | Generalsekretärin Nadja Lüders |
Kavalleriestr. 16 | 40213 Düsseldorf

Telefon: +49 (0) 211 - 136 22 0

Web: www.nrwspd.de

Facebook: www.facebook.com/nrwspd

Twitter: www.twitter.com/nrwspd

